

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung	25
I. Ausgangsüberlegungen	25
II. Gang der Untersuchung	28
§ 2 Die elektronische Willenserklärung	29
I. Einführung	29
II. Geltungsgrund einer Willenserklärung	30
1. Der Wille als Geltungsgrund?	31
2. Die Erklärung als Geltungsgrund?	31
3. Willentliches In-Geltung-Setzen als Geltungsgrund?	32
III. Mindestvoraussetzungen einer Willenserklärung	33
1. Die Willensebene (subjektiver Tatbestand)	33
a) Die Willenselemente	33
b) Konstitutive Elemente einer Willenserklärung	34
2. Die Erklärungsebene (objektiver Tatbestand)	36
IV. Zwischenergebnis	36
V. Telekommunikationserklärungen als Willenserklärungen?	36
1. Problemstellung	36
2. Auffassung des Gesetzgebers	37
3. Das Moment der menschlichen Willensbildung	38
VI. Elektronisch ergänzte Telekommunikationserklärungen als Willenserklärungen?	39
1. Problemstellung	39
2. Das Moment menschlicher Willensbildung	39
VII. Automatisierte Erklärungen als Willenserklärungen?	40
1. Problemstellung	40
2. Das Moment menschlicher Willensbildung	41
a) Der „antizipierte“ oder „generelle Wille“ des Anlagenbetreibers	41
b) Kritik	42
3. Lösungsansätze	43
a) Vergleich mit einem Warenautomaten	43
b) Rückgriff auf das Stellvertretungsrecht	44
c) Rückgriff auf die Regeln der Botenschaft	44
d) Vergleich mit einer Blanketturkunde	44

e) Zurechnung nach dem Risikoprinzip	46
VIII. Zusammenfassung	46
§ 3 Elektronische Kommunikationssysteme und ihre Funktionsweisen – Wie elektronische Willenserklärungen entstehen und übermittelt werden	48
I. Einführung	48
II. Die elektronischen Sphären der Kommunikationspartner	49
III. Elektronische Kommunikation via Kurznachricht	50
1. Charakteristika und Arten	50
a) Der Short Message Service (SMS)	50
b) Der Enhanced Message Service (EMS)	50
c) Der Multimedia Message Service (MMS)	51
2. Übermittlung von SMS-Nachrichten	52
a) SMS-Nachrichtenaustausch zwischen Mobilfunkteilnehmern	53
aa) Nachrichtenerstellung und -versand	53
bb) Transport und Zustellung	53
cc) Speicherung im Empfangsgerät	54
dd) Unmittelbarer Zugriff und Empfangsbestätigung	54
ee) Zusammenfassung	55
b) SMS-Nachrichtenaustausch zwischen Mobilfunkteilnehmern und Internetnutzern	55
aa) Überblick	55
bb) Verbindung	56
cc) Übermittlung	56
(1) Von Nachrichten eines Internetnutzers an einen Mobilfunkteilnehmer	56
(2) Von Nachrichten eines Mobilfunkteilnehmers an einen Internetnutzer	57
dd) Zusammenfassung	58
c) SMS-Nachrichtenaustausch zwischen Mobilfunkteilnehmern und PC-Nutzern ohne Beteiligung des Internets	58
3. Übermittlung von EMS-Nachrichten	59
4. Übermittlung von MMS-Nachrichten	59
a) MMS-Nachrichtenaustausch zwischen Mobilfunkteilnehmern	59
aa) Nachrichtenerstellung und -versand	59
bb) Transport	60
cc) Zustellung	61
dd) Speicherung im Empfangsgerät	62
ee) Unmittelbarer Zugriff	62
ff) Zusammenfassung	63
gg) Ausblick: UMTS	63

b)	MMS-Nachrichtenaustausch zwischen Mobilfunkteilnehmern und Internetnutzern	64
aa)	Überblick	64
bb)	Übermittlung	64
(1)	Von Nachrichten eines Mobilfunkteilnehmers an einen Internetnutzer	64
(2)	Von Nachrichten eines Internetnutzers an einen Mobilfunkteilnehmer	65
cc)	Zusammenfassung	66
5.	Abschlussbetrachtung: Beginn der elektronischen Sphäre des Adressaten bei einer Kommunikation via Kurznachricht	66
a)	Beginn bei Nachrichtenübermittlung via SMS oder EMS	66
b)	Beginn bei Nachrichtenübermittlung via MMS	67
c)	Ergebnis	67
IV.	Elektronische Kommunikation via E-Mail unter Beteiligung des Internets	68
1.	Einführung	68
a)	Der E-Mail-Dienst	68
b)	Aufbau und Funktionsweise des Internets im Überblick	68
c)	Grundvoraussetzungen für die Nutzung des E-Mail-Dienstes	69
2.	E-Mail-Kommunikation unter Verwendung von Client-Anwendungen	69
a)	Nachrichtenerstellung	69
b)	Versand	70
c)	Transport via Internet und Zwischenspeicherung	70
d)	Download	72
e)	Schicksal der Nachricht nach dem Download	72
f)	Folgen des Ablaufs einer vorgegebenen Gültigkeitsdauer	73
g)	Übermittlungs- und Lesebestätigungen	73
3.	E-Mail-Kommunikation unter Verwendung von Webmailinterfaces	74
4.	Abschlussbetrachtung: Beginn der elektronischen Sphäre des Adressaten bei einer Kommunikation via E-Mail	75
a)	Beginn bei Beteiligung eines Mailservers	75
b)	Beginn bei Beteiligung zweier Mailserver	75
V.	Elektronische Kommunikation unter Beteiligung von Webanwendungen	76
1.	Einleitung	76
2.	Funktionsweise im Überblick	76
3.	Funktionsweise einer Webanwendung im Detail am Beispiel einer Onlinebestellung	78
4.	Abschlussbetrachtung: Beginn der elektronischen Sphäre des Adressaten bei einer Kommunikation via Webanwendung	80
VI.	Elektronische Kommunikation in Form von Electronic Data Interchange (EDI)	80
1.	Einleitung	80
2.	Funktionsweise	82

a)	Der klassische EDI	82
aa)	Technischer Prozess im Überblick	82
bb)	Einzelne Verbindungsarten	83
(1)	Punkt-zu-Punkt-Verbindungen	83
(a)	Verbindungen über das Analog- und ISDN-Netz	83
(b)	Verbindungen über das Datex-P-Netz	84
(c)	Verbindungen über das ENX-Netz	86
(aa)	Einleitung	86
(bb)	Funktionsweise	87
(d)	Verbindungen über das Internet	89
(e)	Abschlussbetrachtung: Beginn der elektronischen Sphäre des Adressaten bei einer Kommunikation via Punkt-zu-Punkt-Verbindung	91
(aa)	Beginn bei Einwahl über das Analog- oder ISDN-Netz	91
(bb)	Beginn bei Einwahl über ein paketvermittelndes Netz	91
(2)	Store-and-Forward-Übertragungen nach dem X.400-Standard	92
(a)	Einleitung	92
(b)	Funktionsweise	92
(c)	Abschlussbetrachtung: Beginn der elektronischen Sphäre des Adressaten bei einer Kommunikation via X.400	95
(aa)	Beginn bei Beteiligung eines X.400-Servers	95
(bb)	Beginn bei Beteiligung zweier X.400-Server	95
b)	Mischformen des EDI, insbesondere Web-EDI	96
VII.	Elektronische Kommunikation via Chat-System	97
1.	Einleitung	97
2.	Instant Messaging Systeme (IMS)	98
a)	Einleitung	98
b)	Funktionsweise	99
aa)	IM-Kommunikation zwischen Computernutzern unter Beteiligung von Client-Anwendungen	99
(1)	Überblick	99
(2)	Technischer Ablauf im Detail	99
(3)	Exkurs: Video- und Voicechat in Instant Messaging Systemen / Telefonie via Voice over IP (VoIP)	102
(a)	Video- und Voicechat	102
(b)	VoIP	103
bb)	IM zwischen Computernutzern unter Beteiligung von Internetportalen	104
cc)	IM unter Beteiligung von Mobilfunkteilnehmern	105
c)	Abschlussbetrachtung: Beginn der elektronischen Sphäre bei einer Kommunikation via Instant-Messaging	106
aa)	Beginn bei direkter Nachrichtenübermittlung	106

bb)	Beginn bei Nachrichtenübermittlung unter Zwischenschaltung eines IM-Servers	107
3.	Internet-Relay-Chat (IRC)	107
a)	Einführung	107
b)	Funktionsweise	108
aa)	Überblick	108
bb)	Technischer Ablauf im Detail	109
c)	Abschlussbetrachtung: Beginn der elektronischen Sphäre des Adressaten bei einer Kommunikation via Internet-Relay-Chat	110
aa)	Beginn bei direkter Nachrichtenübermittlung	110
bb)	Beginn bei Nachrichtenübermittlung unter Zwischenschaltung von IRC-Servern	111
(1)	Zwischenschaltung zweier IRC-Server	111
(2)	Zwischenschaltung eines IRC-Servers	111
4.	Webchat-Systeme	111
a)	Einführung	111
b)	Funktionsweise	112
aa)	Überblick	112
bb)	Technischer Ablauf im Detail	113
c)	Abschlussbetrachtung: Beginn der elektronischen Sphäre des Adressaten bei einer Kommunikation via Webchat	114
aa)	Grundfeststellung	114
bb)	Beginn bei Nachrichtenübermittlung nach dem Client-Pull-Verfahren	115
cc)	Beginn bei Nachrichtenübermittlung nach dem Server-Push-Verfahren	115
VIII.	Abschlussanmerkung	115
§ 4	Der Zugang elektronischer Willenserklärungen aus dogmatischer Sicht	117
I.	Der Zugang im Allgemeinen	117
1.	Bedeutung	117
a)	Ausgangspunkt § 130 Abs. 1 S. 1 BGB: Relevanz des Zugangs für empfangsbedürftige, frei abrufbar gespeicherte Willenserklärungen	117
aa)	Die einem anderen gegenüber abzugebende Willenserklärung	117
bb)	Das Unterscheidungskriterium der An- und Abwesenheit	119
(1)	Wortlaut- und systematische Auslegung	119
(2)	Historische und teleologische Auslegung	120
(3)	Teleologische Korrektur	121
(a)	Die Erklärungsverkörperung als entscheidender Umstand?	121

(b)	Die Erklärungsspeicherung als entscheidender Umstand?	122
(c)	Die frei abrufbare Erklärungsspeicherung als entscheidender Umstand?	123
(4)	Erklärungskonzeption als ausschlaggebendes Moment	123
cc)	Zusammenfassung	124
b)	Relevanz des Zugangs für empfangsbedürftige Willenserklärungen ohne frei abrufbare Speicherung	124
aa)	§ 130 Abs. 1 S. 1 BGB als Grundentscheidung für das Zugangserfordernis?	124
(1)	Die Auffassung <i>Burgards</i> und anderer	124
(2)	Dagegen: Wortlaut und Historie	125
(3)	Zusammenfassung	125
bb)	Wirksamkeitseintritt durch Wahrnehmung: Strenge oder abgeschwächte Wahrnehmungstheorie?	126
(1)	Die abgeschwächte Wahrnehmungstheorie	126
(2)	Kritik	126
(a)	Wertungswidersprüche	126
(b)	Argument der Nichtbeweisbarkeit	127
(c)	Rückgriff auf das Prozessrecht	128
(3)	Ergebnis	128
cc)	Konsequenzen einer Wahrnehmungsvereitelung	129
(1)	Absichtliche Wahrnehmungsvereitelung	129
(2)	Fahrlässige Wahrnehmungsvereitelung	129
(a)	Grundsatz	129
(b)	Ausnahme	130
dd)	Zusammenfassung	130
c)	Die Abgabe	131
aa)	Voraussetzungen der Abgabe	131
(1)	Das voluntative Element	131
(2)	Hervortreten des Abgabewillens	132
bb)	Problem der „abhanden gekommenen“ Willenserklärung	132
(1)	Konsequenzen der Erforderlichkeit eines Abgabewillens	132
(2)	Möglichkeit einer willensunabhängigen Abgabe?	133
(3)	Willensunabhängige Abgabe auch bei abhanden gekommener Willenserklärung?	134
(a)	Eigener Standpunkt	134
(b)	Kritische Begutachtung der Gegenauffassung	134
(c)	Abgabe als Rechtsfolge auf Sekundärebene?	135
cc)	Handeln unter fremdem Namen	136
dd)	Zusammenfassung	137
2.	Voraussetzungen und Zeitpunkt des Zugangs	137

a)	Tatsächliche Wahrnehmung als Idealfall des Zugangs	137
b)	Der Zugang aus Sicht der herrschenden Meinung – ein dogmatisch fundierter Ansatz?	138
aa)	Die Zugangsformel der herrschenden Meinung	138
bb)	Das Kriterium der Kenntnisnahmemöglichkeit – abstrakt oder konkret?	139
	(1) Ausgangsüberlegungen	139
	(2) „Üblicher Zeitpunkt“ als Kenntnisnahmekriterium?	139
	(3) Dagegen: Risikoverteilung	140
	(4) Berücksichtigung der Entwicklungen in der Rechtsprechung	141
cc)	Abstrakte Kenntnisnahmemöglichkeit und Interessengerechtigkeit	142
	(1) Interessengerechtigkeit aufgrund bereits begründeten Rechtsverhältnisses und Empfängerverantwortlichkeit	142
	(2) Interessengerechtigkeit aufgrund vorvertraglichen Rechtsverhältnisses und Empfängerverantwortlichkeit	144
	(a) Bei Beteiligung von Kaufleuten	144
	(b) Bei Beteiligung von Nichtkaufleuten	145
	(c) Bei bestehendem Kontrahierungszwang	145
	(d) Bei Eintritt in Vertragsverhandlungen	146
	(3) Interessengerechtigkeit aufgrund Empfängerverantwortlichkeit und tatsächlicher Rechtslage	146
	(4) Interessengerechtigkeit auch unter Berücksichtigung der Fristenfrage?	147
dd)	„Normale Umstände“ als Beurteilungsmaßstab für die Möglichkeit nachträglicher Kenntnisnahme	148
ee)	Die zu erwartende Kenntnisnahme	149
	(1) Ausgangsüberlegungen	149
	(2) Verkehrsgepflogenheiten als Beurteilungskriterium für die zu erwartende Kenntnisnahme?	150
	(3) Grundsätze der actio negatoria bzw. quasi negatoria als Beurteilungskriterium	150
	(a) Zu erwartende Kenntnisnahme bei Gefährdung absoluter Rechtspositionen des Adressaten?	150
	(b) Grad der Gefährdung	151
	(4) Zusammenfassung	152
ff)	Der Begriff des „Machtbereiches“ – Sinnbild für den Bereich des Adressaten?	152
	(1) Korrekturbedürftigkeit der herrschenden Zugangsformel	152
	(a) Die Sphäre des Adressaten unter Berücksichtigung des Regelungszwecks des § 130 BGB	152

(b)	Die Sphäre des Adressaten im Postlagerungsfall des <i>Reichsgerichts</i>	153
(2)	Zwischenergebnis	154
(3)	Lösungsansätze aus Rechtsprechung und Literatur	155
(a)	Besitz als adäquates Zugangskriterium?	155
(b)	Eintreffen bzw. Speicherung der Erklärung in der Empfangseinrichtung als adäquates Zugangskriterium?	155
(c)	Erreichen des Abrufbereiches als adäquates Zugangskriterium?	157
(aa)	Die von <i>John</i> und <i>Wiebe</i> vertretene Ansicht	157
(bb)	Der Regelungsgehalt des Art. 11 Abs. 1 Spst. 2 der EU-Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr	157
(cc)	Die Vorschrift des § 312 e Abs. 1 S. 2 BGB	159
(dd)	Zwischenergebnis	160
(d)	Erreichen des Aufnahmebereiches als adäquates Zugangskriterium?	160
(4)	Erreichen des Zugriffsbereiches als adäquates Zugangskriterium?	160
c)	Die Form als weiteres Zugangskriterium?	162
d)	Korrigierte Zugangsformel als Untersuchungsergebnis	163
3.	Das Problem der Zugangsvereitelung	164
a)	Korrigierte Zugangsformel und Zugangsvereitelung – ein Widerspruch?	164
b)	Lösungsansätze aus Rechtsprechung und Literatur in kritischer Begutachtung	165
aa)	Die Lösung des Vereitelungsproblems aus Sicht des <i>Reichsgerichts</i>	165
(1)	Die auf die Vorschriften der §§ 162, 815, 2. Alt. BGB; 242 BGB rekurrierende Lösung – ein überzeugender Ansatz?	165
(2)	Die p.Fv. unter Berücksichtigung des § 254 BGB als adäquater Lösungsansatz?	167
(3)	§ 132 BGB als zu berücksichtigender Faktor bei Lösung des Vereitelungsproblems?	168
bb)	Die Lösung des Vereitelungsproblems aus der Warte des <i>Bundesgerichtshofs</i> (BGH)	169
cc)	Die Lösung des Vereitelungsproblems nach Auffassung des <i>Bundesarbeitsgerichts</i> (BAG)	171
dd)	Die Lösung des Vereitelungsproblems nach Ansicht des Schrifttums	172

(1)	Der auf die c.i.c. bzw. p.Fv. und die Vorschriften der §§ 162, 815, 2. Alt. BGB zurückgehende Lösungsansatz der herrschenden Literatur	172
(2)	<i>Flumes</i> „unmittelbare Lösung“ als Gegenpol	173
(3)	Eigene Auffassung	175
(4)	Zugangsvereitelung außerhalb des Anwendungsbereiches von c.i.c. bzw. p.Fv. – ein zu lösendes Problem?	176
(a)	Ausgangsüberlegungen	176
(b)	Die Auffassung von <i>Einsele</i> in kritischer Begutachtung	176
(c)	Auffassungen des älteren Schrifttums in kritischer Begutachtung	176
(aa)	Die Auffassung von <i>Breit</i>	177
(bb)	Die Auffassungen von <i>Flad</i> und <i>Coing</i>	177
(d)	Eigene Auffassung	178
c)	Resümee	178
II.	Die Zugangsfrage in Bezug auf elektronische Willenserklärungen	180
1.	Die frei abrufbare Speicherung	180
a)	Speicherung	180
b)	Freie Abrufbarkeit	181
c)	Zusammenfassung	183
2.	Die Abgabe einer elektronischen Willenserklärung	183
a)	Grundvoraussetzungen	183
b)	Abgabe bei „manuellen“ Erklärungen	183
c)	Abgabe bei automatisierten Erklärungen	185
3.	Der elektronische Zugriffsbereich des Adressaten	186
a)	Auslotung des adressatenseitigen Zugriffsbereiches	186
aa)	Unter Berücksichtigung der bisherigen Untersuchungsergebnisse	186
bb)	Unter Berücksichtigung der herrschenden Meinung	187
cc)	Kritik	187
dd)	Ergebnis	188
b)	Bestehen eines Widmungserfordernisses?	188
aa)	Notwendigkeit einer rechtsgeschäftlichen Widmung als Zugangserfordernis unter Berücksichtigung des derzeitigen Meinungsstandes	188
bb)	Zulässigkeit und Erforderlichkeit einer Widmung unter Berücksichtigung des Regelungsgehaltes des § 130 Abs. 1 S. 1 BGB	191
cc)	Ergebnis	193
4.	Die Zugangsvoraussetzungen im Übrigen	193
a)	Die Kenntnisnahme „unter normalen Umständen“	193

b)	Die zu erwartende Kenntnisnahme unter Berücksichtigung der besonderen, von elektronischen Willenserklärungen ausgehenden Gefahren	194
aa)	Viren, Trojaner, abstrakt gefährliche Dateiformate und Spam als Kenntnisnahmehindernis?	194
(1)	Das Gefährdungspotenzial	194
(a)	Virulente Erklärungsdateien	194
(b)	Mit Trojanern verseuchte Erklärungsdateien	195
(c)	Abstrakt gefährliche Dateiformate	195
(d)	Spam	196
(2)	Beurteilung der zu erwartenden Kenntnisnahme unter Berücksichtigung der Gefährdungslage für die absoluten Rechtspositionen des Adressaten	196
(a)	Die Gefährdungslage bei virulenten Erklärungsdateien	196
(aa)	Bei Bedrohung der adressatenseitigen Hardware	196
(bb)	Bei Bedrohung adressatenseitiger, legal genutzter Software	197
(cc)	Bei Bedrohung adressatenseitiger, illegal genutzter Software oder des adressatenseitigen Datenbestands im Übrigen	199
(dd)	Zusammenfassung	200
(b)	Die Gefährdungslage bei trojanerverseuchten Erklärungsdateien	200
(aa)	Gefährdung der adressatenseitigen Software?	200
(bb)	Gefährdung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Adressaten?	201
(cc)	Verletzung des § 202 a StGB als Schutzgesetz?	202
(dd)	Gefährdung des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs?	202
(ee)	Verletzung des § 17 Abs. 2 Nr. 1 a UWG als Schutzgesetz?	203
(ff)	Zusammenfassung	203
(c)	Die Gefährdungslage bei abstrakt gefährlichen Erklärungsdateien	203
(d)	Die Gefährdungslage bei Spam	205
(aa)	Frage der Gefährdung in Bezug auf Spam-Nachrichten selbst	205
(bb)	Frage der Gefährdung in Bezug auf Erklärungsdateien, die fälschlicherweise als Spam behandelt werden	205
bb)	Zusammenfassung	206
5.	Der Zugangzeitpunkt	206
a)	Ausgangspunkt: Das Zugangsverständnis der herrschenden Meinung	206

b) Kritik	208
c) Ergebnis	209
6. Das Problem der Zugangsvereitelung im elektronischen Bereich	209
a) Grundsatz	209
b) Abgrenzung	209
§ 5 Der Zugang elektronischer Willenserklärungen in der Praxis	210
I. Der Zugang von via Kurznachricht übermittelten Willenserklärungen	210
1. Zugang bei Erklärungsübermittlung per SMS- oder EMS-Nachricht	210
a) Zugangsrelevanz	210
aa) Für Erklärungen ohne Gültigkeitsvorgabe	210
bb) Für Erklärungen mit Gültigkeitsvorgabe	211
cc) Zwischenergebnis	212
b) Abgabe	212
aa) Bei manueller Versendung	212
bb) Bei automatisierter Versendung	213
c) Zugang	213
aa) Erreichen des adressatenseitigen Zugriffsbereiches	213
(1) Im Falle der Beteiligung nur eines Mobilfunknetzes	213
(2) Im Falle der Beteiligung unterschiedlicher Mobilfunknetze	214
(3) Im Falle hinzutretender Beteiligung des Internets oder einer dedizierten Einwahlleitung	214
bb) Die zu erwartende Kenntnisnahme „unter normalen Umständen“	215
cc) Sonderproblem: Konsequenzen der geplanten Einführung des § 45 I TKG	216
dd) Zusammenfassung	217
d) Zugangs- und Wahrnehmungsvereitelungen	217
aa) Zugangsvereitelungen	217
(1) Grundsatz: Keine Zugangsvereitelung	217
(2) Ausnahme: Auflösung der Empfangsanstalt	218
(3) Etwaige Entgegennahmeobligationen und ihre Konkretisierung	218
(4) Rechtsfolge bei Verletzung etwaiger Entgegennahmeobligationen	219
bb) Wahrnehmungsvereitelungen	219
(1) Denkbare Fälle der Wahrnehmungsvereitelung	219
(2) Absichtliche Wahrnehmungsvereitelungen	220
(3) Fahrlässige Wahrnehmungsvereitelungen	220
(a) Möglichkeit einer Wirksamkeitsfiktion?	220

(aa)	Bestehen einer Wahrnehmungsobliegenheit?	220
(bb)	Mitverschulden des Erklärenden?	221
(b)	Ergebnis	221
cc)	Zusammenfassung	222
2.	Zugang bei Erklärungsübermittlung per MMS-Nachricht	222
a)	Zugangsrelevanz	222
aa)	Für an Mobilfunkteilnehmer gerichtete Erklärungen	222
(1)	Erklärungen mit Gültigkeitsvorgabe	222
(2)	Maximale Vorhaltezeit	223
(3)	3G-Empfangsgerät und Freischaltung	223
(4)	Zusammenfassung	224
bb)	Für an Internetnutzer gerichtete Erklärungen	225
b)	Abgabe	226
c)	Zugang	226
aa)	Erreichen des adressatenseitigen Zugriffsbereiches	226
(1)	Im Falle der Beteiligung nur eines Mobilfunknetzes	226
(2)	Im Falle der Beteiligung zweier Mobilfunknetze	227
(3)	Im Falle hinzutretender Beteiligung des Internets	227
(a)	Erklärungsübermittlung Internet - Mobilfunknetz	227
(b)	Erklärungsübermittlung Mobilfunknetz - Internet	228
bb)	Die zu erwartende Kenntnisnahme „unter normalen Umständen“	229
(1)	Auffindbarkeit „unter normalen Umständen“	229
(2)	Zu erwartende Kenntnisnahme	229
(3)	Ergebnis	230
cc)	Sonderproblem: Konsequenzen der geplanten Einführung des § 45 I TKG	230
dd)	Zusammenfassung	230
d)	Zugangs- und Wahrnehmungsvereitelungen	231
aa)	Zugangsvereitelungen	231
bb)	Wahrnehmungsvereitelungen	231
cc)	Zusammenfassung	232
II.	Der Zugang von via E-Mail übermittelten Willenserklärungen	232
1.	Zugangsrelevanz	232
a)	Für Erklärungen, denen eine in MIME kodierte Datei zugrunde liegt	232
b)	Für Erklärungen mit Gültigkeitsvorgabe	234
c)	Für Erklärungen, denen eine – insbesondere mit „PGP“ – verschlüsselte Datei zugrunde liegt	234
d)	Zusammenfassung	235
2.	Abgabe	235
a)	Bei manueller Versendung	235
b)	Bei automatisierter Versendung	236

3.	Zugang	236
	a) Erreichen des adressatenseitigen Zugriffsbereiches	236
	aa) Bei Beteiligung nur eines Mailservers	236
	bb) Bei Beteiligung von zwei Mailservern	237
	b) Die zu erwartende Kenntnisnahme „unter normalen Umständen“	238
	aa) Auffindbarkeit „unter normalen Umständen“	238
	bb) Zu erwartende Kenntnisnahme	238
	c) Sonderproblem: Vorgabe einer maximalen Gültigkeitsdauer als Widerruf i.S.d. § 130 Abs. 1 S. 2 BGB?	239
	d) Zusammenfassung	240
4.	Zugangs- und Wahrnehmungsvereitelungen	241
	a) Zugangsvereitelungen	241
	b) Wahrnehmungsvereitelungen	241
III.	Der Zugang von Willenserklärungen, die unter Beteiligung von Webanwendungen übermittelt werden	242
1.	Zugangsrelevanz	242
	a) Für Erklärungen, die an den Betreiber einer Webanwendung gerichtet sind	243
	b) Für Erklärungen, die an Besucher einer Website mittels Webanwendung übermittelt werden	243
	aa) Bestehen einer Zugriffsmöglichkeit?	243
	(1) Erklärungsdateien im HTML-Format	243
	(2) Erklärungsdateien in anderen Formaten (insbesondere PDF)	244
	(3) Zwischenergebnis	244
	bb) Bestehen einer fortgesetzten Zugriffsmöglichkeit?	244
	cc) Zusammenfassende Feststellung	245
	dd) Endergebnis	246
2.	Abgabe	246
	a) Im Falle der Erklärungsübermittlung an den Betreiber	246
	b) Im Falle der Erklärungsübermittlung an den Besucher	247
3.	Zugang	247
	a) Erreichen des adressatenseitigen Zugriffsbereiches	247
	aa) Im Falle der Erklärungsübermittlung an den Betreiber	247
	bb) Im Falle der Erklärungsübermittlung an den Besucher	248
	(1) Bei unmittelbarer Anbindung an das Internet	248
	(2) Bei vermittelter Anbindung an das Internet	248
	b) Die zu erwartende Kenntnisnahme „unter normalen Umständen“	249
	c) Zusammenfassung	250
4.	Zugangs- und Wahrnehmungsvereitelungen	250
	a) Zugangsvereitelungen	250
	aa) Denkbare Fälle der Zugangsvereitelung	250
	bb) (Konkretisierte) Entgegennahmepflichtigkeit?	251

c)	Rechtsfolge bei Verletzung der Entgegennahmeobligationen	251
b)	Wahrnehmungsvereitelungen	251
aa)	Denkbare Fälle der Wahrnehmungsvereitelung	251
bb)	Vorsätzliche und fahrlässige Wahrnehmungsvereitelungen	252
IV.	Der Zugang von via EDI übermittelten Willenserklärungen	253
1.	Die Zugangsfrage bei Beteiligung eines klassischen EDI-Systems	253
a)	Zugangsrelevanz	253
aa)	Für in konventionsgemäßen Dateien eingebundene Erklärungen	253
bb)	Für in nicht konventionsgemäßen Dateien eingebundene Erklärungen	253
cc)	Für Erklärungen, die mittels verschlüsselter Leitung übertragen werden	254
b)	Abgabe	254
c)	Zugang	255
aa)	Erreichen des adressatenseitigen Zugriffsbereiches	255
(1)	Bei Punkt-zu-Punkt-Verbindungen	255
(a)	Im Falle einer Übermittlung über das Analog- oder ISDN-Netz	255
(b)	Im Falle einer Übermittlung über ein paketvermittelndes Netz	256
(aa)	Bei vermittelter Netzanbindung	256
(bb)	Bei unmittelbarer Netzanbindung	256
(2)	Bei Store-and-Forward-Übertragungen nach dem X.400-Standard	257
(a)	Unter Beteiligung nur eines X.400-Servers	257
(b)	Unter Beteiligung zweier X.400-Server	257
bb)	Zu erwartende Kenntnisnahme „unter normalen Umständen“	258
cc)	Auswirkungen der Vorgabe einer Gültigkeitsdauer	258
dd)	Folgen der Einbeziehung des „Deutschen EDI-Rahmenvertrages“ oder des „Europäischen EDI-Mustervertrages“	259
(1)	Der „Deutsche EDI-Rahmenvertrag“	259
(2)	Die „Europäische EDI-Mustervereinbarung“	260
ee)	Zusammenfassung	261
d)	Zugangs- und Wahrnehmungsvereitelungen	262
aa)	Zugangsvereitelungen	262
bb)	Wahrnehmungsvereitelungen	262
2.	Die Zugangsfrage bei Beteiligung eines Web-EDI-Systems	263
a)	Zugangsrelevanz	263
aa)	Für Erklärungen, die an den Besucher eines Web-EDI-Systems gerichtet sind	263

	bb) Für Erklärungen, die an den Betreiber eines Web-EDI-Systems gerichtet sind	264
b)	Abgabe	264
c)	Zugang	265
	aa) Erreichen des adressatenseitigen Zugriffsbereiches	265
	bb) Die zu erwartende Kenntnisnahme „unter normalen Umständen“	265
	cc) Zusammenfassung	265
d)	Zugangs- und Wahrnehmungsvereitelungen	266
	aa) Zugangsvereitelungen	266
	bb) Wahrnehmungsvereitelungen	266
V.	Der Zugang von via Chat-System übermittelten Willenserklärungen	267
1.	Zugangsrelevanz	267
a)	Speicherung	267
b)	Freie Abrufbarkeit	268
	aa) Von Erklärungen, die mittels IMS übertragen werden	268
	bb) Von Erklärungen, die mittels IRC oder Webchat übermittelt werden	268
c)	Zusammenfassung	268
2.	Abgabe	269
3.	Zugang	269
a)	Erreichen des adressatenseitigen Zugriffsbereiches	269
	aa) Bei Erklärungsübermittlung via Instant-Messaging-System	269
	(1) Für den Fall direkter Erklärungsübermittlung	269
	(2) Für den Fall der Erklärungsübermittlung unter Zwischenschaltung eines IM-Servers	270
	bb) Bei Erklärungsübermittlung via Internet-Relay-Chat	270
	(1) Für den Fall direkter Erklärungsübermittlung	270
	(2) Für den Fall der Erklärungsübermittlung unter Zwischenschaltung von IRC-Servern	271
	(a) Zwischenschaltung zweier IRC-Server	271
	(b) Zwischenschaltung eines IRC-Servers	272
	cc) Bei Erklärungsübermittlung via Webchat-System	272
	(1) Für den Fall einer Erklärungsübermittlung nach dem Client-Pull-Verfahren	272
	(2) Für den Fall einer Erklärungsübermittlung nach dem Server-Push-Verfahren	273
b)	Die zu erwartende Kenntnisnahme „unter normalen Umständen“	274
	aa) Auffindbarkeit „unter normalen Umständen“	274
	bb) Zu erwartende Kenntnisnahme	274
c)	Zusammenfassung	275
4.	Zugangsvereitelungen	276
a)	Keine Fälle der Wahrnehmungsvereitelung	276

b)	Denkbare Fälle der Zugangsvereitelung	276
c)	Einstandspflicht aufgrund bestehender Empfängerverantwortlichkeit?	277
d)	(Konkretisierte) Entgegennahmeobliegenheiten und Rechtsfolgen ihrer Verletzung	277
§ 6 Untersuchungsergebnisse		279
Zu § 1	Einführung	279
Zu § 2	Die elektronische Willenserklärung	279
Zu § 3	Elektronische Kommunikationssysteme und ihre Funktionsweisen	280
Zu § 4 I.	Der Zugang elektronischer Willenserklärungen aus dogmatischer Sicht: Der Zugang im Allgemeinen	280
Zu § 4 II./§ 5	Der Zugang elektronischer Willenserklärungen aus dogmatischer Sicht: Die Zugangsfrage in Bezug auf elektronische Willenserklärungen / Der Zugang elektronischer Willenserklärungen in der Praxis	282
Sachverzeichnis		301